



## **ISPA Forderungen an die Politik für die 23. Gesetzgebungsperiode 2006-2010**

Der Verband der österreichischen Internet Service Provider (ISPA) ist die Dachorganisation der Internet-Wirtschaft. Ihr Anliegen ist die Gestaltung der optimalen wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen für die Entwicklung des Internet. Die ISPA betrachtet die Nutzung des Internet als entscheidende Kulturtechnik und nimmt die sich daraus ergebende gesellschaftspolitische Verantwortung wahr.

Vor der Nationalratswahl 2006 sehen wir folgende Notwendigkeiten, die von einer zukünftigen Regierung und den politischen Entscheidungsträgern in der nächsten Gesetzgebungsperiode umzusetzen sind.

### **1. Bundesministerium für Informationsgesellschaft und Medien**

Die Entwicklung des gesamten Informations- und Kommunikations-Technologie-Bereichs (IKT) in Österreich wird derzeit durch eine politische Kompetenzaufsplitterung auf verschiedenen Ministerien und Staatssekretariate gehemmt. Die Einrichtung einer klaren Kompetenzlage und eines hochrangigen politisch Verantwortlichen mit ausreichend Ressourcen und Kompetenzen sind für eine dynamische Entwicklung dieser Querschnittsmaterie dringend von Nöten. Deshalb schlagen wir vor nach dem Vorbild der Europäischen Kommission ein Bundesministerium für Informationsgesellschaft und Medien (BMIM) einzurichten.

### **2. Wettbewerbsförderung – Regulierung**

Ein nachhaltiger Wettbewerb der Anbieter für Infrastruktur, Inhalte und Dienste für Breitband-Internet ist der beste Garant für eine dynamische Entwicklung der österreichischen Informationsgesellschaft. Alle internationalen Studien und Erfahrungen bestätigen dies. Neben Schiene, Strasse und Energie hat sich IKT zur wichtigsten Infrastruktur entwickelt. Voraussetzung für jegliche IKT-Entwicklung eines Landes ist der Ausbau moderner IKT-Infrastruktur. Neue Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass Unternehmen Anreize haben, trotz der bestehenden Risiken in neue Netzwerke zu investieren. Die Sicherstellung von nachhaltigem Wettbewerb auf allen Ebenen und die Förderung von Wettbewerb, wo er noch nicht genügend entwickelt ist, muss vorrangige Aufgabe einer verantwortlichen IKT- und Medien-Politik sein. Effektive Regulierungsmaßnahmen müssen überall dort, wo Marktverzerrungen auftreten oder aus anderen Gründen kein Wettbewerb sich entwickelt, eingesetzt werden um wettbewerbsfördernde Rahmenbedingungen herzustellen. Die Tätigkeit der Regulierungsbehörde hat vor allem anderen diesem Ziel zu dienen.

### **3. Nachfrageförderung zur Schließung der geographischen und sozialen Breitbandlücke**

Durch fördernde Rahmenbedingungen für Markteintritt und Wettbewerb und durch nachfrageseitige Förderungen in Bereichen, wo nicht genügend Marktanreize existieren, sollte der Breitbandausbau und die tatsächliche Breitbandnutzung verstärkt vorangetrieben werden. Insbesondere der Förderung eines fairen und nachhaltigen Wettbewerbs kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Denn nachhaltiger Wettbewerb ist durch die Verbreiterung des Angebots und die Differenzierung bei Preis und Produktausstattung die effizienteste Form, um nachfrageseitig positive Effekte zu erzielen und damit nicht nur die technische Verfügbarkeit, sondern auch die tatsächliche Nutzung von Breitband-Internet zu erhöhen. Damit ist sicher zu stellen, dass kein Unternehmen und kein Bürger Österreichs von der Informationsgesellschaft ausgeschlossen sein wird.

### **4. Verbesserung der Rechtesituation für digitalen Content**

Die Breitbandnetze sind starke Motoren von Wachstum, Innovation und gesellschaftlicher Emanzipation. Aber Motoren benötigen Brennstoff. Breitbandnetze werden durch das Verlangen der Nutzer nach einer immer größer werdenden Anzahl von hochqualitativen Inhalten, Anwendungen und Endgeräten, die über diese Netze befördert werden, angetrieben. Die Ermöglichung der Zurverfügungstellung von Inhalten und Diensten ist somit eine der kritischen Faktoren für die Entwicklung der Informationsgesellschaft. Insbesondere traditionelle Medienkonzerne sehen diese Entwicklung als Gefahr und nicht als Chance. Die Politik sollte die Grundlagen dafür legen, dass ein offener Zugang und freier Wettbewerb der Inhalte über die Breitbandnetze möglich wird. Die Regelung der Rechtesituation für digitalen Content ist hierbei eine wichtige Aufgabe.

Wien im Juni 2006